

Die Landrätin
des LK NWM **Personalsache verschlossen!**
Börzower Weg 3
23936 Grevesmühlen

Inanspruchnahme des Informationsrechtes gem. § 80 KV M-V

hier: Kündigungsverfahren gegen die Gemeindeangestellte Kathrin Dietrich

Sehr geehrte Frau Hesse,

in Beantwortung Ihres Schreibens vom 10.08.2009, hier eingegangen am 13.08.09, mir bekannt am 17.08.09, teile ich Ihnen folgenden Sachstand mit:

Am 11.06.2009 erließ das Amtsgericht Schwerin (Az. 33 Gs 665/09) einen Durchsuchungsbeschluss gemäß §§ 102, 103 StPO da die Beschuldigte Kathrin Dietrich der Bestechlichkeit, der Untreue und der Anstiftung sowie der Beihilfe zum Betrug verdächtig ist. Durch die Staatsanwaltschaft Schwerin und der KPI Schwerin wurde am 18.06.2009 der Beschluss vollstreckt. Am Nachmittag des selben Tages informierte ich den Vorsitzenden der Gemeindevertretung, Herrn Christian Schmiedeberg, seine beiden Stellvertreter, Herrn Heinz-Dieter Schultz und Herrn Dieter Büchner, sowie Herrn RA Pätzmann und Herrn Thomas Zellner im Rahmen eines zuvor vereinbarten Termins über den Sachverhalt. U.a. wurde festgelegt eine Anhörung der Kathrin Dietrich am 24.06.2009 um 16.00 Uhr unter Beteiligung der Genannten durchzuführen und zum 29.06.09 eine Gemeindevertretersitzung einzuberufen. Herr RA Pätzmann gab Informationen zu den Anforderungen an eine Verdachtskündigung und wies insbesondere auf die zu wahrenen Fristen hin.

Am 19.06.2009 erfolgte die Freistellung von der Arbeit unter Lohnfortzahlung durch mich und ein Anhörungsschreiben zu einer beabsichtigten Verdachtskündigung wurde Frau Dietrich ausgehändigt.

Am 24.06.09 erschien Herr C. Schmiedeberg bereits gg. 15.00 Uhr in der Gemeindeverwaltung und unterzeichnete die Einladung zur konstituierenden Sitzung der GV

zum 02.07.09. Eine Teilnahme an der Anhörung um 16.00 Uhr lehnte er ab, die Einberufung einer Dringlichkeitssitzung lehnte er ebenfalls ab, weil er zwischenzeitlich andere Informationen hinsichtlich einer Verdachtskündigung habe und sich falsch beraten fühlte.

Zum Anhörungstermin erschienen Herr Büchner, Herr Pätzmann, Herr Zellner und ich. Herr Schultz und Frau Dietrich fehlten unentschuldigt. Durch den Anwalt der Frau Dietrich wurde eine schriftliche Anhörung per Fax übermittelt.

Am 02.07.09 berichtete ich mündlich der Gemeindevertretung über den gegenwärtigen Stand mit dem Ergebnis, dass ich von der weiteren Beratung des TOP auf Hinweis des Herrn C. Schmiedeberg ausgeschlossen wurde, da ich befangen sei. Eine Information über die Gründe der Befangenheit durch den Vorsitzenden erfolgte nicht. Er selbst nahm einen von mir gefertigten Vermerk zum Anlass mich, während ich ausgeschlossen war, zu diffamieren und unwahre Behauptungen aufzustellen indem er nur Auszüge aus dem Vermerk vorlas und diesen dadurch sinnentstellt wiederzugeben. In dieser Art und Weise informierte er auch Sie am Folgetag. Am 03.07.09 legte ich gegen alle Beschlüsse der GV, die in meiner Abwesenheit gefasst wurden, Widerspruch ein. Dem Widerspruch wurde in der Sitzung vom 16.07.09 stattgegeben. Außerdem erfolgte ein Beschluss dahingehend, dass der Bürgermeister bei eventuellen Verfristungen umgehend die Gemeindevertretung zu informieren hat um Schaden für die Gemeinde abzuwenden. Dies tat ich im übrigen mit meiner Information vom 30.07.09 an die Fraktionen (siehe Anlage).

Durch das Verhalten des Gemeindevertreters C. Schmiedeberg ist eine Verfristung der Verdachtskündigung hinsichtlich der Ausgangstat. Ich war daher verpflichtet die Freistellung unter Lohnfortzahlung fortzusetzen. Dadurch ist der Gemeinde Boltenhagen finanzieller Schaden in Höhe der Lohnzahlungen an Frau Dietrich entstanden.

Frau Dietrich beantragte am 13.07.09 beim Arbeitsgericht Schwerin den Erlass einer einstweiligen Verfügung mit dem Ziel, die Gemeinde Boltenhagen zu verpflichten die Antragstellerin zu unveränderten Bedingungen als Kämmerin weiter zu beschäftigen.

Das Arbeitsgericht Schwerin erkannte am 23.07.09 in öffentlicher Sitzung für Recht, dass der Antrag zurückgewiesen wird. In der Begründung führte die Kammer hinsichtlich der Berechtigung des Bürgermeisters für solche Entscheidungen aus:“ Als Dienstvorgesetzter ist er nach Auffassung der Kammer berechtigt, eine solche Freistellung auszusprechen. Nach den der Kammer vorliegenden Unterlagen und auch den Erörterungen in der mündlichen Verhandlung besteht ein erheblicher, zu Lasten der Klägerin nicht auszuräumender Verdacht, dass sie Kenntnisse, die sie im Rahmen ihrer Tätigkeit erlangt hat an Dritte weitergegeben hat, welche versucht haben, damit Vermögensvorteile rechtswidrig zu erlangen.“

Weiterhin führte die Kammer aus: “ Wegen dieser Verdachtsmomente ist es gerechtfertigt, dem Suspendierungswillen der Beklagten hier den Vorrang zu geben. Die erheblichen Verdachtsmomente sind auch durch die Erklärung der Klägerin nicht ausgeräumt.

Der Verdacht gegen die Klägerin ist zumindest so dringend, dass es der Beklagten nicht zumutbar ist, im weiteren Verlauf der Ermittlungen die Klägerin weiterzubeschäftigen. Das Gericht hat allerdings in der mündlichen Verhandlung darauf hingewiesen, dass die weiteren Ermittlungen zügig durchzuführen sind, da eine langandauernde Freistellung der Klägerin ohne konkrete Bestrebungen zur abschließenden Klärung verhältnismäßig wären. In einem solchen Fall langandauernder Ermittlungen müsste dann ggf. davon ausgegangen werden, dass der Verdacht sich eben nicht als derartig schwerwiegend erhärtet, so dass das Interesse der Klägerin an der Weiterbeschäftigung überwiegen könnte. Die Beklagte hat aber ausgeführt, dass sie derzeit noch in Ermittlung ist und konkrete Maßnahmen, wie z. B. die Akteneinsichtnahme bei der Staatsanwaltschaft Schwerin unmittelbar bevorstehe. Danach geht die Kammer insgesamt davon aus, dass hier das Interesse der Beklagten an der Freistellung überwiegt.“

Am 23.07.09 führte ich dann, gemeinsam mit unserem Rechtsbeistand die Akteneinsicht durch. Dabei stellten wir fest, dass gegen einen weiteren Verdächtigen (S. Meyer) ein Ermittlungsverfahren wegen Betruges eingeleitet wurde und dieser ehemalige Beschäftigte ebenfalls Frau Dietrich belastet.

Bereits am 17.07.09 wurde Frau Dietrich ein weiteres Anhörungsschreiben hinsichtlich einer beabsichtigten Verdachtskündigung im Fall S. Meyer zugestellt. Am 21.07.09 sollte hierzu die Anhörung durchgeführt werden. Die Personalvertretung wurde informiert. Frau Dietrich äußerte sich schriftlich.

Am 23.07.09 erfolgte die umfassende Information des Personalrates mit der Bitte um Mitbestimmung gemäß § 68 Abs. 1 Nr. 2 PersVG M-V; § 62 Abs. 2 PersVG M-V. Die Frist der Mitbestimmung wurde einvernehmlich auf fünf Arbeitstage festgelegt.

Am 30.07.09 wurde Frau Dietrich die außerordentlich Kündigung – hilfsweise die ordentliche Kündigung zum 31.12.09 zugestellt.

Am selben Tage wurden der Vorsitzende der GV, Herr C. Schmiedeberg sowie die Fraktionsvorsitzenden von mir über die Kündigung informiert(Anlage bereits erwähnt).

Über den folgenden Mailverkehr mit Herrn C. Schmiedeberg habe ich die entsprechenden Ausdrücke meinem Schreiben beigelegt. Auf eine Kommentierung verzichte ich an dieser Stelle.

Am 07.08.09 unterrichtete ich die Gemeindevertreter, außer Herrn Frank Dietrich, über den gegenwärtigen Stand der Erkenntnisse (siehe Anlage).

Am 12.08.09 wurde die angekündigte Dringlichkeitssitzung durchgeführt. Ich und vier Gemeindevertreter fehlten urlaubsbedingt. Das Protokoll der Sitzung wurde mir erst am 31.08.09 vorgelegt. Ich habe es in der Anlage beigelegt. Die von mir eingelegten Widersprüche in den Personalangelegenheiten Dietrich, Hacker und Passemann liegen Ihnen bereits vor, Informationen dazu erhielt ich von Mitarbeitern bzw. entnahm ich der Presseberichterstattung.

Am 18.08.09 fand vor dem Arbeitsgericht Schwerin eine Güteverhandlung statt. Da von keiner Seite ein Gütevorschlag gemacht wurde, wurde der Termin zur Verhandlung auf den 07.10.09 festgelegt.

Sehr geehrte Frau Hesse,

im Zusammenhang mit Äußerungen von Gemeindevertretern in Sitzungen (hier speziell der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr C. Schmiedeberg), in der örtlichen Presse sowie gegenüber der Unteren Rechtsaufsichtsbehörde hege ich Bedenken, dass die Gemeindevertretung ihrer Verantwortung als Dienstherr des Bürgermeisters gerecht wird. Ich stelle seit Monaten fest, dass einzelne Gemeindevertreter unter permanenter Verletzung ihrer Verschwiegenheitspflicht, selbst gegenüber der Presse und teilweise mit Foto ihre Meinung über Beschlüsse der Gemeindevertretung aus dem nichtöffentlichen Teil äußern. Dabei kommt es zu Vorverurteilungen (siehe sog. „Dienstwagenaffäre“), zu Falschdarstellungen (Aufhebung Ausschreibung Lebensmittelmarkt) und zu ungerechtfertigten Anschuldigungen (Verdacht Korruption etc.).

In diesem Zusammenhang kann wohl keineswegs von einer aktiven Wahrnehmung der Fürsorgepflicht des Dienstherrn gegenüber seinem Beamten die Rede sein. Ich erwarte, dass Sie als Untere Rechtsaufsichtsbehörde entsprechende Maßnahmen einleiten die geeignet sind, die Gemeindevertretung auf ihre Pflichten als Dienstherr hinzuweisen. Ich lasse gegenwärtig prüfen, ob die Äußerungen einzelner Gemeindevertreter in der Öffentlichkeit Beleidigungstatbestände erfüllen und werde, unabhängig vom Ergebnis Ihrer Überprüfungen, eigene Schritte zum Schutz meiner Persönlichkeitsrechte einleiten.

Es blieb mir nicht verborgen, dass Mitglieder der Gemeindevertretung Boltenhagen in Ihrem Haus bei Mitarbeitern und leitenden Beamten, die Mitglied derselben politischen Partei sind,

Auskünfte erhalten. Diese Auskünfte entsprechen nicht in jedem Fall den Festlegungen des Informationsfreiheitsgesetzes. Auch sehe ich hierin eine politische Betätigung von Mitarbeitern Ihres Amtes während der Dienstzeit.

Diese Gemeindevertreter schrecken auch nicht davor zurück, dieselben Handlungsweisen auch in der Gemeinde Boltenhagen anzuwenden. Herr Zellner, Leiter Ordnungsamt, informierte mich darüber, dass er durch Herrn Dunkelmann (1. stellv. Bürgermeister) angewiesen wurde, die Personalakte Dietrich zur GV-Sitzung am 12.08.09 vorzulegen (Anlage). Ohne Antrag auf Akteneinsicht oder ähnlichem wurde diese Personalakte durch Herrn C. Schmiedeberg während der Sitzung eingesehen. Eine Prüfung hinsichtlich schutzwürdiger Belange Betroffener oder Dritter fand nicht statt. Es besteht Grund zur Annahme, dass der Gemeindevertreter Christian Schmiedeberg (CDU) dem 1. stellv. Bürgermeister Dieter Dunkelmann (CDU) die Anweisung zur Vorlage der Personalakte Dietrich gab. Mir ist gegenwärtig keine Rechtsnorm bekannt die diese Handlungsweise auch nur ansatzweise rechtfertigt. Ich erwarte, dass Sie als Untere Rechtsaufsichtsbehörde entsprechende Ermittlungen zur Aufklärung des Sachverhaltes anordnen und hinsichtlich des Ehrenbeamten Dieter Dunkelmann die Einleitung eines Disziplinarverfahrens prüfen. Sollte im Zusammenhang mit der Überprüfung dieser Angelegenheit sich der Verdacht einer strafbaren Handlung des Herrn C. Schmiedeberg ergeben, bitte ich um entsprechende Informationen.

Mit freundlichen Grüßen

Olaf Claus

Anlagen: erwähnt